

Frau Präsidentin [Sigrun Kuhn-Hopp]

Werte Mitglieder der Geschäfts- und Betriebsleitung des
TABEO

Werte Mitarbeitende

Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der interessierten Ge-
meinden

Meine Damen und Herren

Zunächst einmal möchte ich mich für Ihre freundliche Einladung
bedanken. Gerne bin ich heute Abend nach Langenthal ge-
kommen.

Mir ist es nämlich als Mitglied der kantonalen Regierung wich-
tig, direkte Beziehungen mit den Bürgerinnen und Bürgern un-
terschiedlicher Kreise zu pflegen.

Seit rund einem Jahr handle ich als Gesundheits- und Fürsor-
gedirektor. Ich erlebe eine spannende und sehr intensive Zeit.

Mir macht die Arbeit Freude und ich bin auf meiner Entde-
ckungsreise bereits weit gekommen, jedoch noch lange nicht
am Ende.

Als früherer Unternehmer war ich es gewohnt, mir selbst ein
Bild von der Praxis zu machen, mit den Leuten an der Basis zu
sprechen, mir deren Einschätzungen und Ideen anzuhören.

In meiner neuen Funktion habe ich das auch so gemacht. Zu-
sammen mit den vielen internen Diskussionen ist ein Gesamt-
bild entstanden.

Kurz zusammengefasst habe ich daraus einige Schlussfolge-
rungen gezogen:

- Keine Zweifel: Es wird auf allen Ebenen viel, gut und en-
gagiert gearbeitet.

- Jedoch sind die Prozesse aufwendig, kompliziert und häufig nicht digitalisiert, letzteres zu meinem Erstaunen
- Die Auflagen an die sehr vielen Leistungserbringer im Zuständigkeitsbereich meiner Direktion sind zu hoch und die Regulierungsdichte ist oft unverhältnismässig.
- Die Ziele des staatlichen Handelns sind zu wenig klar und messbar.
- Und auf allen Ebenen ist die Zusammenarbeit verbesserungsfähig.

Bitte, verstehen Sie mich nicht falsch: Dabei bringe ich nicht die Anstrengungen meiner Vorgänger an der Spitze der GEF in Misskredit oder kritisiere die Qualität der Arbeit meiner Direktion in den letzten Jahren.

Oft wird die Gewaltigkeit der Arbeit unterschätzt. Ebenfalls die Komplexität der dargestellten Fragen wird meistens ungenügend wahrgenommen.

Ich glaube aber, dass es ein grosses Verbesserungspotenzial gibt. Ich bin überzeugt, dass die GEF effizienter arbeiten kann.

Es ist also eine meiner prioritären Zielsetzungen, unsere Arbeitsprozesse zu optimieren und zu beschleunigen.

Und wenn ich sage «unsere Arbeitsprozesse», meine ich es ernst. Wir müssen die Lücken, Defizite und Probleme *gemeinsam* anpacken, das möchte ich unterstrichen haben.

Die Lösungen werden nicht einseitig aus meinem Büro kommen, sie erwachsen auch aus dem intensiven Dialog zwischen meiner Direktion und den Akteuren auf der Front.

Dieser partnerschaftliche Ansatz ist mir sehr wichtig, Sie können mir glauben.

* * * * *

Soviel zu meiner Direktion, liebe Anwesende. Ich komme nun zu einigen wichtigen offenen Baustellen. Alle werde ich heute nicht darlegen können, dafür bitte ich um Verständnis.

Beginnen wir mit der Revision des Sozialhilfegesetzes – vielleicht das schwierigste Vorhaben meiner Direktion in der laufenden Legislatur.

Die Sozialhilfequote in unserem Kanton ist deutlich höher als der Schweizer Durchschnitt – 4,64 Prozent in 2015, rund 47'000 Personen wurden geholfen, die Kosten sind mit 450 Millionen auf einem hohen Niveau relativ stabil.

Je nach Region ist die Ausgangslage ganz unterschiedlich: Die Stadt Biel kennt eine Sozialhilfequote von 11.4 Prozent – übrigens die höchste schweizweit –, im Obersimmental mit 1.2 Prozent oder im Saanenland mit 1.5 Prozent hat man deutlich weniger Sorgen; in der Region Emmental-Oberaargau liegt man mit 4.28 Prozent knapp unter dem kantonalen Durchschnitt¹.

Pro Sozialhilfe-Empfänger hat unser Kanton im Durchschnitt 10'780 Franken vergütet – es sind die Zahlen von 2014, wir stehen somit an der 6. Stelle im Vergleich mit den anderen Kantonen.

Alle diese Zahlen lassen sich hingegen nicht einfach interpretieren. Je nach Kanton sind gewisse Kosten als Sozialhilfe berechnet oder werden unter anderen Rubriken gebucht. In meinen Augen arbeiten wir in diesem Bereich nicht schlecht.

Die Sozialhilfekosten sind jedoch zu hoch, insbesondere wenn man sich daran erinnert, dass die Wirtschaftskraft unseres Kantons deutlich tiefer liegt als der landesweite Durchschnitt, nämlich bei rund 85 %.

Daher war es nicht erstaunlich, dass der Grosse Rat bereits im Herbst 2013 eine Motion verabschiedet hat, die eine Senkung der gesamten Sozialhilfekosten um rund 22 Millionen Franken pro Jahr forderte – die Motion vom Könizer Gemeindepräsidenten Ueli Studer, der inzwischen nicht mehr Grossrat ist.

¹ Berichterstattung über die wirtschaftliche Hilfe, GEF im Dezember 2016:
http://www.gef.be.ch/gef/de/index/soziales/soziales/publikationen/sozialhilfe.assetref/dam/documents/GEF/SOA/de/Soziales/Publikationen/Berichterstattung_wirtschaftliche_Hilfe_Jahre_2013_2014_2015_de.pdf

Unterschiedliche Massnahmen wurden getroffen, es wurde auch viel diskutiert, konsultiert, am runden Tisch wieder diskutiert und einmal mehr konsultiert.

Tatsache ist aber: Die politischen Parteien sind zu keiner Einigung gekommen und eine starke Opposition gegen die vorgesehenen Sparmassnahmen hat sich formiert.

Also was tun in einer solch verstrickten Situation?

Aus der Sicht des Regierungsrates muss gehandelt werden und deshalb hat er im letzten Dezember Eckwerte festgelegt, die den Kanton und die Gemeinden finanziell entlasten sollen.

Mit gezielten Anreizen soll die Erwerbsarbeit gegenüber dem Bezug von Sozialhilfe wieder attraktiver werden. Wir gehen durch die neuen Massnahmen von jährlich wiederkehrenden Entlastungen von 15 bis 25 Millionen Franken aus, die je hälftig dem Kanton und den Gemeinden zugutekommen werden.

Sie haben mitbekommen, wie laut gewisse Kreise die anvisierte Revision kritisiert haben. Vor einigen Tagen fand sogar eine Demonstration auf dem Rathausplatz statt.

Liebe Anwesende, ich politisiere nicht im Register der Provokation, ich bin auch weder ein Sozialabbauer noch ein Hardliner. Meine Entscheidungen sind auch nicht «realitätsfremd», wie eine Parteipräsidentin dies kürzlich behauptete.

Ich politisiere aber konsequent, ich will, dass die getroffenen Massnahmen Wirkung zeigen und in finanzieller Hinsicht verantwortlich sind.

Ich fürchte die Auseinandersetzung nicht, auch nicht eine allfällige Volksabstimmung, sollte ein Referendum ergriffen werden.

Was wir heute brauchen, ist eine Revisionsvorlage, die der Grosse Rat behandeln kann, und nicht noch ewige Diskussionen, die die Revision auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Voraussichtlich wird der Regierungsrat noch vor der Sommerpause über einen entsprechenden Entwurf bestimmen.

Ob es eine erneute Vernehmlassung gibt oder nicht, wird er entscheiden. Mit oder ohne ist schliesslich nicht matchentscheidend, die Gestaltung der Revision ist das Wichtigste.

Dabei wird in der Öffentlichkeit oft vergessen, dass es sich nicht primär um eine Sparvorlage handelt. Zwar wollen wir weniger Steuergelder ausgeben; Es ist eine Notwendigkeit, unter anderem weil sich eine Erhöhung der Sozialhilfebeziehenden in den kommenden Jahren abzeichnet.

Hauptsächlich wollen wir aber die Steuergelder besser ausgeben – damit meine ich effizienter und wirksamer.

Die Kosten der Sozialhilfe lassen sich nur dann nachhaltig in den Griff bekommen, wenn es uns gelingt, die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern, bezüglicher Weise die Erwerbsquote zu erhöhen.

Die Revision des Sozialhilfegesetzes zieht in diese Richtung und da liegt eine der grössten aktuellen Herausforderungen für unseren Kanton.

* * * * *

Liebe Anwesende, mit den gleichen Grundsätzen habe ich das Projekt *Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern – NA-BE* – mit meinem Regierungskollegen Hans-Jürg Käser angepackt.

Dabei soll die Verantwortung für die Integration, Sozialhilfe und Unterbringung aller Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs, die der Bund dem Kanton Bern zuweist, bei der GEF gebündelt werden.

Diese Neustrukturierung ist eng mit dem KIP 2 verbunden, also mit dem kantonalen Integrationsprogramm für die Periode 2018 bis 2021.

Im Rahmen des KIP 2 wird die Integrationsförderung bei der Zielgruppe der vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge sowie die Verwendung der Integrationspauschale aufgezeigt.

Neu werden wir Regionale Partner beauftragen, die vollumfänglich für die Integrationsförderung aller Personen in ihrer Region verantwortlich sind.

Sie sollen einen grösseren Spielraum erhalten, damit sie sich so organisieren können, dass es eben auf die regionalen Gegebenheiten passt. Die Wege werden also kürzer, der regionale Partner kennt die Unternehmen, die Freiwilligennetzwerke, die kirchlichen Aktivitäten, die möglichen gemeinnützigen Einsatzmöglichkeiten für Asylsuchende besser.

Wichtig ist dabei auch, dass für die Gemeinden eine klar erkennbare Ansprechstelle in der Region geschaffen wird. Diesen regionalen Partnern werden durch den Kanton klare Ziele gesetzt, anhand derer der Erfolg ihrer Arbeit gemessen wird.

Mir ist es klar, dass auch diese Reorganisation durch viele Kreise mitverfolgt wird. Aber bitte, liebe Anwesende. Was erwartet die Bevölkerung von uns?

Die Volksabstimmung vom 21. Mai über den Kredit für die Asylsozialhilfe muss nicht als Ablehnungszeichen gegen Asylsuchende Menschen und Flüchtlinge interpretiert werden. Sondern als Votum für eine Unterstützung, deren finanzielle Auswirkungen in einem gewissen, beschränkten Rahmen bleiben.

Ich bin mir sicher, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger weiterhin eine Politik unterstützen, die auf der humanitären Tradition unseres Landes beruht.

Hingegen wollen immer mehr Leute ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis. Sie erwarten, dass die öffentliche Hand effizienter arbeitet.

Und die Leute haben Recht. Auch in diesem Bereich nimmt die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit bei den erbrachten Leistungen zu. Nehmen wir es doch endlich zur Kenntnis!

* * * * *

Liebe Anwesende, ich konnte Ihrer heutigen Hauptversammlung nicht beiwohnen, möchte jedoch den Einsatz Ihrer Organisation in einigen Worten würdigen.

Was mich an TABEO beeindruckt, ist die enge und langjährige Zusammenarbeit mit der *Spitex Oberaargau* und was daraus hervorgegangen ist.

TABEO ist eingebettet in ein Versorgungsnetzwerk, das den Bewohnenden der Region Oberaargau ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen anbietet. Das hat Vorbildcharakter!

Dass TABEO sein Angebot und seine Leistungen nach den Bedürfnissen der älteren Menschen ausrichtet, haben sie beispielsweise im Sommer vergangenen Jahres gezeigt. TABEO Langenthal und die Spitex Oberaargau gründeten die *SpiTaWo AG*², die ebenfalls in diesem Gebäude angesiedelt ist.

Die *SpiTaWo* bietet stationäre Pflegeheimplätze an, so dass an jedem Tag in der Woche auch Übernachtungen für bis zu fünf Tagesgäste aus dem ganzen Oberaargau angeboten werden.

Dieses Angebot ist für ältere Menschen gedacht, die beispielsweise nach einem Spitalaufenthalt und vor ihrer Rückkehr nach Hause während 24 Stunden gepflegt und betreut werden müssen.

Auch Menschen in einer palliativen Situation, wo noch nicht klar ist, wie es weitergeht, kann man mit diesem Angebot angemessen versorgen. Dieser Ansatz erscheint mir innovativ und vielversprechend. Ich bin gespannt auf die Erfahrungen, die damit gemacht werden.

Im Verlaufe dieses Jahres ist ausserdem die Eröffnung eines zweiten TABEO-Standorts in Niederbipp geplant. Wie ich höre, hat man über die Jahre festgestellt, dass für einige Gäste der Anfahrtsweg bis nach Langenthal zu anstrengend wurde.

So wird es in naher Zukunft im Oberaargau auf beiden Seiten der Aare ein Tageszentrum geben. Diese wohnortsnahe Versorgung ist sehr zu begrüssen und entspricht ganz dem Sinne der Alterspolitik unseres Kantons.

Auch in Niederbipp wird das Tageszentrum Teil eines Netzwerks mit einem vielfältigen Angebot sein. So wird es auf dem

² Mehr Informationen hier: http://www.spitawo.ch/content/home/index_ger.html

Areal des Alterszentrums Jurablick in Niederbipp in den Neubau integriert. Später werden auch noch Arztpraxen dazukommen.

Zudem verfügt das Altersheim über einen Spitex-Stützpunkt und ältere Menschen können das Angebot «Wohnen mit Dienstleistungen» nutzen. Das Tageszentrum in Niederbipp wird ebenfalls Platz für bis zu fünfzehn Tagesgäste bieten.

Da die Spitex und TABEO hier ausserdem in eine Wohnüberbauung integriert sind, können die Wohnungsmieterinnen und -mieter von den Dienstleistungsangeboten der Spitex wie auch des TABEO profitieren, sollten sie diese benötigen.

An beiden Standorten erkenne ich gute Beispiele von gelungener Vernetzung und sinnvoller Zusammenarbeit, die sich in den Dienst der alternden Bevölkerung stellen.

Liebe Anwesende, ich bin beeindruckt von Ihrem Engagement und Ihrer Initiative, die über viele Jahre ein gutes Netzwerk haben entstehen lassen.

Ein Netzwerk, das aktiv zu einer guten und fortschrittlichen Versorgung für die älteren Menschen im Oberaargau beiträgt.

Ein Netzwerk, das den alterspolitischen Ansatz des «Daheim vor Heim» stärkt und die betroffene Bevölkerung in ihrem Wunsch unterstützt, möglichst lange in der vertrauten Umgebung bleiben zu können.

Für dieses Engagement und Ihren täglichen Einsatz gebührt Ihnen Respekt und spreche ich Ihnen meinen Dank aus!

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen allen weiterhin viel Elan und Weitsicht. Und ich hoffe sehr, dass sich sowohl das TABEO als auch *SpiTaWo* weiterhin nach dem Bedarf und den Bedürfnissen der älteren Menschen ausrichtet und diese wertvolle Arbeit weiterführt.

* * * * *

Gerne hätte ich noch, Frau Präsidentin, liebe Anwesende, einige Überlegungen zur Finanzpolitik unseres Kantons mit Ihnen ausgetauscht. Ich möchte aber Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit nicht übermässig beanspruchen, daher nur so viel.

Der Regierungsrat wird nicht herum kommen, relativ harte Vorschläge zur Entlastung des Finanzhaushaltes zu präsentieren.

Diese Massnahmen sind erforderlich, wenn wir einen ausgeglichenen Voranschlag 2018 und Finanzplan bis 2021 vorlegen wollen, und dies wollen wir, weil es ausgeschlossen ist, dass unser Kanton zu einer Neuverschuldung kommt – hier sind wir darüber alle einig, nehme ich mal an.

Zudem müssen wir die Umsetzung der Steuerstrategie finanzieren. Die Steuererleichterungen für Unternehmen sind zwar bescheiden, sie sind gleichzeitig noch nicht ganz gegenfinanziert.

Und viele erwarten auch Erleichterungen für natürliche Personen – eine fast unmögliche Gleichung.

Ihnen kann ich heute die vorgesehenen Massnahmen nicht vorlegen, sei es auch nur summarisch. Die Regierung ist noch an der Arbeit und es sind noch nicht alle Beschlüsse gefasst. Bis im Sommer sollten wir so weit sein.

Der Grosse Rat wird das erwähnte Entlastungspaket sowie voraussichtlich die Vorlage zur Steuergesetzrevision 2019 anlässlich seiner November-Session behandeln. Knapp ein halbes Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen wird dies nicht ganz einfach sein.

Ich weiss, Frau Präsidentin, dass auch TABEO mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert ist. Und Ihnen kann ich heute nicht sagen, dass Ihre Organisation durch die anvisierten Sparmassnahmen geschont wird.

Nein, meine Damen und Herren, in fast allen Bereichen sind Anstrengungen angesagt, die zwar moderat bleiben, jedoch von einer gewissen Bedeutung für Ihre Arbeit sein werden.

Diese Anstrengungen sind notwendig, ich bitte Sie um Verständnis dafür.

* * * * *

Somit bin ich zum Schluss meines Referates gekommen. Ich hoffe, Ihrem Interesse entsprochen zu haben.

Gerne bin ich nach Langenthal gekommen – in meinen Augen eine schöne Stadt, die ich leider wenig kenne, auch ein wichtiger Standort in wirtschaftlicher Hinsicht, und noch ein bedeutendes Kulturzentrum.

Ich komme aus einem kleinen Dorf, Champoz. Es liegt, schön eingebettet, inmitten der Juralandschaft, die unsern grossen Kanton nördlich abschliesst.

Völlig verschiedene Landschaften, Lokalgeschichten und Charaktere also, die zur ausserordentlichen Vielfalt des Bernerlandes gehören und die wir wie unseren Augapfel hüten, ohne übertriebenen Stolz, aber in vollem Vertrauen auf die Stärke unserer gemeinsamen Kultur.

Ich wünsche Langenthal, seiner Bevölkerung und Ihnen allen, die ihr gute Dienste tun, das Beste für die Zeiten, die kommen.

Ich bin Ihnen gleichzeitig dankbar, wenn Sie in den nächsten Tagen auch ein bisschen an Moutier und den Berner Jura denken, deren Bevölkerung am Sonntag buchstäblich an einem Scheideweg stehen wird – ein historischer Moment.

Nun haben wir noch ein wenig Zeit, uns über die aktuellen Herausforderungen für unseren Kanton zu unterhalten – wie einleitend gesagt, der direkte Gedankenaustausch ist mir wichtig.

Wo drückt der Schuh? Was sollte in der Arbeit der kantonalen Regierung aus Ihrer Sicht optimiert werden? Was erwarten Sie von mir, vom Kanton Bern, überhaupt von der Politik?

Bitte ergreifen Sie die Gelegenheit, ein offenes Gespräch zu führen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und Ihren netten Empfang!

* * * * *